

Zeitung der PDS Offene Liste im Rat der Stadt Essen



V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1, 45141 Essen, Tel 0201/860 29 04, Fax 0201/860 29 06

SOZIALABBAU:

ALTERNATIVEN SIND MÖGLICH

Der DGB hat recht deutlich gegen die Planungen der Bundesregierung zur Aufweichung des Kündigungsschutzes und zur Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau Stellung bezogen. Auch die Vorschläge der Rürup-Kommission, die Kranken- und die Rentenversicherung auf Kosten der Versicherten zu sanieren, stoßen in den Gewerkschaften auf breite Ablehnung. Damit sind die Gewerkschaften nicht „ewig-gestrig“, wie einige Propagandisten vor allem aus den Unionsparteien und der FDP hetzen. Der Widerstand ist richtig. Die PDS unterstützt ihn, egal ob der sozioziale Kahlschlag „nur“ von rot-grün getragen wird oder von einer ganz großen Koalition. Erfreulicherweise lähmen die Erpressungsversuche des Kanzlers den Protest nicht. Im Gegenteil.

Reformen sind bitter nötig, vor allem zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Die regierungsamtlichen Vorschläge setzen jedoch einseitig auf Beifall von den Kapitalistenverbänden. Und es wird mit gezinkten Karten gespielt: Was sollen schärfere Zumutbarkeitsregelungen und mehr Sperrzeiten für Arbeitslose bringen, wenn Arbeitsplätze fehlen? Der einzige, durchaus gewollte Effekt wird der Druck auf das Lohn- und Gehaltsniveau sein, wie er auch durch die Ausweitung von Niedriglohnarbeit immer größer wird. Die Gewerkschaften, die Sozialverbände, die Linke in der SPD und die PDS entwickeln solidarische Alternativen. Dabei geht es auch um die Einnahmeseite: Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Gewerbesteuer-Reform, die Konzerne und Banken wieder zuverlässig an der Finanzierung der kommunalen Gemeinwesen beteiligt, die Umstellung der Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung auf eine wertschöpfende Komponente und die Verdopplung der Beitragsbemessungsgrenze. Solche Alternativen sind realistisch. Dafür kann und muss in den nächsten Wochen gestritten werden.

Wolfgang Freye

Als Nächstes das Trinkwasser?

PDS-Anfrage deckt neues US-Leasing-Geschäft auf

In Dortmund hat der Hauptausschuss des Rates vor kurzem mit den Stimmen von SPD, Grünen und sogar der CDU ein US-Leasing-Geschäft über die Abwasserversorgung gestoppt. In Essen soll der Ausverkauf öffentlichen Eigentums weitergehen: Die Vorbereitungen für das Geschäft mit der Abwasserversorgung laufen noch, und schon beabsichtigen die Stadtwerke Essen ein Lease-Geschäft mit der Trinkwasserversorgung. Wie aus der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der PDS-Ratsgruppe hervorgeht, hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke AG am 13.3.2003 einem Cross-Boarder-Leasing des Frischwassernetzes grundsätzlich zugestimmt – bisher ohne jede Rückkopplung mit politischen Gremien wie dem Rat.

„Trinkwasser ist ein Grundnahrungsmittel und lebensnotwendig für alle Menschen. Es ist absolut verantwortungslos, ausgerechnet diesen Bereich den letztlich doch unkalkulierbaren Risiken von US-Leasing-Geschäften zu unterwerfen. Die Vorbereitungen zu diesem Deal müssen sofort gestoppt werden,“ forderte die PDS-Ratsgruppe in einer ersten Stellungnahme.

Der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) hat erst im Januar 2003 gegen die Gefährdung der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung durch eine Liberalisierung im Rahmen der GATS-Verhandlungen hingewiesen. Die Argumente sprechen auch gegen US-Leasing-Geschäfte. Der VKU wies darauf hin, das Wasser kein beliebiges Wirtschaftsgut und keine beliebige Handelsware wie z.B. Strom und Gas darstel-

le, sondern ein besonderes Gut, dass in hohem Maße des Schutzes und der Verteidigung bedürfe.

Die Antworten auf die weiteren Fragen der PDS-Ratsgruppe sind ebenfalls sehr aufschlussreich. So hat die Stadt Essen „Dienstbarkeiten“ bei einem Treuhänder in den USA hinterlegen müssen, die dann fällig werden, wenn „das Land Nordrhein-Westfalen oder die Stadt Essen ... nicht länger die finanziellen Mittel haben, um ihren öffentlichen Aufgaben in einer zum Zeitpunkt des Closings bestehenden, vergleichbaren Art und Weise nachzukommen“. Solche Sicherheiten sind ungedeckte Schecks auf die Zukunft.

Obwohl nach Auskunft des Innenministeriums NRW jedes Ratsmitglied ein Einsichtsrecht in die Verträge hat, wird dies in Essen weiterhin verweigert. Die PDS-Ratsgruppe wird sich in dieser Angelegenheit jetzt an das Innenministerium wenden mit der Bitte um Aufklärung, welche Rechtsauffassung denn nun gültig ist.

Inzwischen haben sich auch B. 90/Grüne und attac gegen das Trinkwasser-Leasing ausgesprochen. Die PDS-Ratsgruppe hat attac angesprochen und ein Treffen der Gegner von US-Leasing-Geschäften in Essen angeregt.

Eine erfreuliche Aussage gibt es bei den Antworten auf die Anfrage allerdings auch: Ein Ausstieg aus dem US-Leasing-Geschäft mit dem Abwasserkanalnetz, das grundsätzlich vom Rat gebilligt wurde und derzeit von der Verwaltung vorbereitet wird, ist immer noch möglich. Bisher würden lediglich Beratungskosten in Höhe von 10.000 € anfallen. Diese Chance sollte man nutzen und den Abwasser-Leasing-Geschäft sofort in Angriff nehmen.

Gabriele Giesecke



Knapp 2.000 Kriegsgegner/innen beteiligten sich an der Menschenkette „Stoppt den Krieg! Essen für Frieden – Cities for Peace“ am 5.4. in der Essener Innenstadt. Die breit getragene Aktion war eine der größten Aktionen gegen den Irak-Krieg in Essen. U.a. sprach sich Alt-Oberbürgermeister Peter Reuschenbach für die Unterstützung der Kampagne „Cities for Peace“ aus (siehe auch letzte Seite).

Beschäftigungspolitik vor dem Aus?

Proteste gegen Kürzungen bei Eingliederungsprogrammen nehmen zu

CDU und Grüne, die FDP mal wieder im Schlepptau, wollen das städtische Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ radikal zusammenstreichen. Für die Mai-Ratssitzung haben sie einen gemeinsamen Antrag angekündigt. Nach den bisher bekannt gewordenen Absichten sollen die Mittel für AsS, immerhin 28 Mio. € im Jahr, weggfallen und für Aufträge an Betriebe verwendet werden. Die Aufträge – gedacht ist hier vor allem an den Grünflächenbereich – sollen an die Auflage geknüpft werden, Sozialhilfebezieher einzustellen. Das wird sich für die Betriebe vermutlich nur rechnen, wenn die Sozialhilfebezieher deutlich weniger als bisher in den AsS-Maßnahmen verdienen.

Hintergrund des Antrages sind die Veränderungen im Gefolge von „Hartz“. Es gilt als beschlossene Sache, dass zu Beginn des Jahres 2004 die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe zusammengelegt werden. Damit wird AsS für die Kommunen vermeintlich uninteressant, weil arbeitsfähige Sozialhilfebezieher dann sowieso über die Bundesanstalt finanziert werden sollen. Das neue Bündnis von CDU, Grünen und FDP übt sich offensichtlich schon einmal in vorauseilendem Gehorsam ...

Bei dieser Sichtweise handelt es sich jedoch um einen Kurzschluss. Deshalb haben die Wohlfahrtsverbände jetzt öffentlich gegen die Demontage des AsS-Programms protestiert. Sie kritisieren das Wegbrechen von sozialen Strukturen, die kaum oder nur schwer wieder aufgebaut werden können. AsS-Beschäftigte betreuen alte Menschen, organisieren hauswirtschaftliche Angebote in sozialen Treffpunkten, arbeiten in Kleiderkammern oder auch Beratungsstellen wie dem Anti-Rassismus-Telefon. Im Jahr 2002 fanden durchschnittlich 1.210 Menschen bei über 100 Kooperationspartnern des Sozialamtes eine Arbeitsstelle durch das AsS-Programm. Zumindest auf dem Papier haben die Stellen den Anspruch, auch auszubilden.

Arbeitsförderung selbst bei Jugendlichen gefährdet

Zeitgleich „spart“ das Arbeitsamt massiv. Weil die Bundesanstalt für Arbeit nach dem Willen der Bundesregierung ohne Bundeszuschuss auskommen soll, werden die Arbeitsämter zur radikalen Kürzung bei Leistungen und Schikanen gegen Arbeitslose gedrückt. Diejenigen, die die wenigsten Chancen haben, sind am stärksten betroffen: Statt 294 Werkstattplätze für Behinderte fördert das Arbeitsamt Essen in diesem Jahr nur 195 Teilnehmer und das, obwohl Behinderte einen Rechtsanspruch auf einen Platz haben.

Gerade mal 72 Förderlehrgangplätze für Haupt- und Sonderschüler wurden vom Arbeitsamt für 2003 ausgeschrieben. In 2003 waren es 710 Plätze. Nur noch 80 ABM-Plätze für ganz Essen gibt es in Maßnahmen „Lernen und Arbeiten“ – 2002 waren es 198. Maßnahmeplätze, die viele Jugendliche bitter nötig haben, denn die Betriebe meldeten bis Ende März 15% weniger Ausbildungsplätze als 2002. 4.045 Jugendliche stehen 3.020 angebotenen Ausbildungsstellen gegenüber.

Anfang April hat der Jugendhilfeausschuss einstimmig eine Resolution der Jugendverbände gegen die Kürzungen verabschiedet. Jugendliche der Jugendberufshilfe und des Zehnthofes selbst protestierten ebenfalls Anfang April gegen die radikale

Kürzung von Angeboten bei einem Besuch von Ministerpräsident Steinbrück. Dieser versprach vage: „Ich hoffe, dass wir die Schärfe dieser Kürzungen mildern können.“

Der zweite Arbeitsmarkt, über den wichtige soziale Dienstleistungen erbracht wurden, steht vor dem Aus. Soziale Dienstleistungen und funktionsfähige öffentliche Einrichtungen werden von den Menschen vor Ort gebraucht. Es wäre daher Sache der Kommunen, dies gegenüber Bund und Land deutlich zu machen. Der Vorstoß von CDU, Grünen und FDP in Sachen AsS geht aber genau in die andere Richtung. Zu befürchten ist, dass er zur beschleunigten Zerstörung des zweiten Arbeitsmarktes und der sozialen Infrastruktur führt. Deshalb lehnt ihn die PDS-Ratsgruppe ab. (syb)

Schwarz-Grün blockiert Erhöhung Sozialhilfe-Bekleidungs pauschale noch nicht angepasst

Seit einem guten halben Jahr liegt inzwischen das vom Sozialausschuss im Auftrag gegebene Gutachten zur Höhe der Bekleidungs pauschale für Sozialhilfeempfänger vor. Obwohl die Verbraucherberatung darin zu der Schlussfolgerung kommt, dass die 2001 auf 230 € im Jahr gekürzte Pauschale den Bedarf an Bekleidung nicht deckt und erhöht werden muss, ist immer noch nichts geschehen. Anträge der SPD und der PDS auf Erhöhung der Pauschale wurde mehrfach verschoben, weil CDU und B. 90/Grüne eine weitere Pauschalierung von einmaligen Leistungen der Sozialhilfe wollen.

Mit dieser Forderung blockiert die neue schwarz-grüne Koalition im Sozialbereich inzwischen seit Monaten Ansprüche, die Sozialhilfeempfängern zustehen. Denn nach dem Bundessozialhilfegesetz muss die Sozialhilfe den tatsächlichen Bedarf decken. Das gilt auch für die Ausgaben für Bekleidung, Schulbücher oder Haushaltsgeräte, die durch einmalige Leistungen gedeckt werden und nach dem genannten Gutachten in Essen zu niedrig sind. Dabei ist die Forderung nach einer weiteren Pauschalierung von einmaligen Leistungen auch rechtlich fragwürdig.

Essen bundesweiter Meister in Kürzungen

Viele Städte haben die Pauschalierung von Bekleidungsgeld eingeführt, um Einsparungen durchzusetzen. Früher haben gerade die Grünen eine Pauschalierung einmaliger Leistungen kritisch gesehen. Davon ist nicht viel übrig geblieben. Einsparungen sind sowohl

durch Verwaltungsvereinfachung möglich, als auch durch zu gering angesetzte Pauschalen. Dass eine rigide Verwaltungspraxis ein übriges bewirkt, macht gerade Essen deutlich. Obwohl die Bekleidungs pauschale von 520 DM im Jahr schon Anfang der 90er Jahre eingeführt wurde, wurden die tatsächlichen Zahlungen des Sozialamtes für Bekleidung von 664 DM 1995 auf 409 DM (209 €) im Jahre 2001 gedrückt. Das ist eine Kürzung um rund 38 %.

Mit der Höhe der Bekleidungs pauschale liegt die Stadt Essen im Vergleich bundesdeutscher Großstädte schon heute an der untersten Grenze. In Hamburg erhielt ein Sozialhilfeempfänger 2001 für Bekleidung im Schnitt 620 DM (317 €), in München 602 DM (308 €) und im nahen Dortmund 532 DM (272 €). Ähnlich verhält es sich bei den einmaligen Leistungen insgesamt. Auch diese Zahlen sprechen für den Erhebungsbedarf.

Zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 8.5.2003 wird kein neuer Verwaltungsvorschlag zu weiterer Pauschalierung vorliegen. Es kann jedoch nicht angehen, dass die notwendige Erhöhung der Bekleidungs pauschale weiter verschoben wird – auf Kosten der Sozialhilfeempfänger. Weil im Mai der Haushalt verabschiedet werden soll, müsste über die vorliegenden, haushaltsrelevanten Anträge auf Erhöhung entschieden werden. Die SPD fordert die Wiedereinstellung der alten Pauschale von 230 €. Die PDS-Ratsgruppe fordert auf Grundlage der Erhebungen des Gutachtens der Verbraucherzentrale 305 € für Männer, 437 € für Frauen und 372 € für das erste Kind. Man kann auf die Diskussion gespannt sein.

Wolfgang Freye



BV III ESSEN-WEST

Erster „Bezirk für Frieden“

Nachdem CDU und FDP mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit im Rat der Stadt Essen selbst die Befassung mit einem Antrag gegen den Irak-Krieg abgelehnt haben, ist der Essener Westen jetzt der erste „Bezirk für Frieden“ in Essen. Am 3.4.2003 beschloss die Bezirksvertretung III einen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und PDS gegen den Irak-Krieg, der die von inzwischen über 162 US-Städten unterstützte Kampagne „Cities for Peace“ begrüßt.

„Der Essener Westen wurde früher von den Kruppschen Rüstungsfabriken dominiert“, so PDS-Bezirksvertreter Wolfgang Freye. „Mit dem Beschluss hat sich der mit knapp 100.000 Einwohner/innen größte Stadtbezirk in NRW gegen Krieg und gegen den völkerrechtswidrigen Angriff auf den Irak ausgesprochen. Ich freue mich, dass der Antrag auch bei der CDU nicht nur auf Ablehnung stieß.“

Der Beschluss wurde mit zehn Ja- gegen fünf Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen gefasst. Nein-Stimmen und Enthaltungen kamen aus den Reihen der CDU.

Auch der Rat von Essens Nachbarstadt Mülheim hat sich Anfang April der Kampagne „Cities for Peace“ angeschlossen. Ein Antrag der Mülheimer Bürger-Initiative (MBI) wurde angenommen. Die meisten CDU-Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme. (nach: Pressemitteilung)

BV I ESSEN-INNENSTADT

Kriegsverbrecher weiter Namensgeber

Mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt hat die Bezirksvertretung I in ihrer Sitzung am 25.3.2003 die Umbenennung der Admiral-Scheer-Straße. Nur Grüne und PDS stimmten dafür. Obwohl die Mitglieder der Mehrheit seit langem wissen, wer Admiral Scheer war und wem die Straße ihren Namen verdankt, begründeten sie ihre Ablehnung damit, dass sie doch schließlich seit 70 Jahren so heiße und eine Umbenennung immer Kosten verursache.

AUS AUSSCHÜSSEN UND BEZIRKSVERTRETUNGEN

Admiral Scheer leitete während des Ersten Weltkrieges die Deutsche Marine. Er ließ Handelsschiffe – selbst neutraler Staaten! – versenken, wenn sie englische Häfen anliefen und wollte noch Ende 1918 auslaufen lassen, als die deutsche Niederlage längst feststand und selbst der Kaiser das ablehnte. Das führte dann zur Meuterei der Matrosen und zur November-Revolution. Ihren Namen verdankt die Straße den Essener Nazis, die Scheer 1933 ehren wollten.

Essen hat Partnerstädte in Großbritannien und Frankreich. Es ist empörend und peinlich, Straßennamen zu verteidigen, die an einen Kriegsverbrecher aus einem Krieg u.a. mit diesen Ländern erinnern.

Gerade weil die Straße relativ klein ist (60 Privathaushalte, 13 Firmen) fragt man sich, wer daran gewirkt hat, dass insbesondere die SPD ihre Meinung änderte. Noch in der Bezirksvertretungs-Sitzung im September letzten Jahres hielt sie eine Namensänderung für nachdenkenswert.

(Frank Tiedemann)

BV III ESSEN-WEST

Bebauungsplan Nöggerathbad abgelehnt

Abgelehnt hat die Bezirksvertretung III in ihrer Sitzung am 5.4. den Bebauungsplan für das vor zwei Jahren trotz heftigen Protestes geschlossenen Nöggerath-Bades. Sogar die CDU wollte den vorliegenden Plan nicht mittragen, da er eine Bebauung mit ca. 100 Wohneinheiten in Doppel- und Reihenhäusern vorsah. Damit liegt die Planung im Interesse größtmöglicher Vermarktung des Geländes faktisch an der Bebauungs-Obergrenze. Vom Erhalt eines Teils der Fläche als öffentliche Grünfläche und des alten Baumbestandes könnte bei Umsetzung des Planes keine Rede mehr sein. Gerade 24 % des Geländes wären noch öffentlich zugänglich.

Dem Aufstellungsbeschluss zu der ebenfalls notwendigen Änderung des Flächennutzungsplanes stimmte die Bezirksvertretung dagegen überraschend zu. Nachdem die CDU als Auflage eine Begrenzung der Bebauung auf 90 Wohneinheiten beantragt hatte, stimmten einige SPD-Politiker dafür, andere lehnten den Flächennutzungsplan ebenso wie Grüne und PDS ab. Wie die Zu-

TERMINE

Donnerstag, 1. Mai

„Menschlich modernisieren – gerecht gestalten“. Mai-Demonstration des DGB. 10.00 Uhr, Frohnhauser Markt; anschließend Kundgebung auf dem Kennedyplatz „Not in our name“ – Internationales Kultur- und Friedensfest zum 1. Mai mit vielen politischen und kulturellen Beiträgen. 14.00 – 20.00 Uhr, Zeche Carl

Montag, 5. Mai

Porto Alegre – ein Vorbild für Essen? Kommunale Finanzen und Beteiligungshaushalt. Veranstaltung der AG linke Kommunalpolitik der PDS Essen mit Hermann Dierkes (PDS-Ratsmitglied Duisburg) und einem Vertreter der Gewerkschaft ver.di (angefragt). 19.30 Uhr, Zeche Carl

Montag, 12. Mai

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Montag, 19. Mai

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Dienstag, 20. Mai

Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.00 Uhr, Interkulturelles Zentrum, Maxstr. 11

Mittwoch, 21. Mai

Fortsetzung der Jahreshauptversammlung der PDS Essen. 19.00 Uhr, Haus Kalthoff, Kleine Lehnbachstrasse
Essener Friedensforum. 19.00 Uhr, Volkshochschule, Hollestr. 75

Montag, 26. Mai

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Mittwoch, 28. Mai

Ratssitzung zur Verabschiedung des städt. Haushaltes 2003/04. Voraussichtlich 13.00 Uhr, Rathaus

stimmung zu der noch in der BV-Sitzung von der SPD selbst beantragten Forderung nach sofortiger Wiedereröffnung des Nöggerathbades passt, bleibt ein Geheimnis.

Die Entscheidung über die Aufstellungsbeschlüsse liegt allerdings sowieso beim Planungsausschuss. (wof)

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das **STADTROTINFO** kostenlos und unverbindlich an folgende Anschrift:

..... 19/03
Name, Vorname Straße

PLZ / Ort (Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201 / 860 29 04)

RÜCKBLICK

Was war letzte Ratssitzung?

Einkaufszentrum Berliner Platz. Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt, sagt der **Volksmund**. Volkes Beteiligung war bei der Gestaltung des Areal Universitätsviertel über die Perspektivenwerkstatt gesichert. Nun sieht es anders aus. CDU und FDP haben, die Beschlüsse der Perspektivenwerkstatt ignorierend, in der März-Ratssitzung die Verwaltung beauftragt, mit der Änderung des seit einem Jahr rechtskräftigen Bebauungsplans zur Realisierung eines Einkaufszentrums zu beginnen. Die guten Ansätze der Perspektivenwerkstatt sind dann endgültig dahin. Inzwischen hat sich auch der Einzelhandelsverband gegen die „Essener Arcaden“ ausgesprochen.

Anträge der PDS-Ratsgruppe zu GATS und Cross-Boarder-Leasing. Die PDS-Ratsgruppe stellte in der März-sitzung des Rates zwei Anträge. Einmal den Antrag „Auswirkungen des GATS-Abkommen auf Essen“, der in der letzten Ausgabe des „Stadtrotinfos“ ausführlich vorgestellt wurde. Er kommt nun nach eigenem Vorschlag im Haupt- und Finanzausschuss zur Diskussion. Der zweite Antrag war ein Fragenkatalog zu den Essener Cross-Boarder-Leasing-Geschäften. Das wichtigste zur zwischenzeitlich eingegangenen Antwort des Stadtkämmerers – siehe S. 1.

Freiwilligenagentur. In einem in seltener Einigkeit von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe von CDU, SPD, Grünen, FDP und PDS erarbeiteten Antrag wurde die Verwaltung beauftragt, die Voraussetzungen für die Bildung einer Freiwilligenagentur (Vermittlungsagentur) in Essen zu schaffen. Das Ziel ist: Es soll ein Dienstleistungsangebot der Stadt zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit zur Verfügung gestellt werden, von dem alle profitieren können. Bestehende Initiativen und Netzwerke sollen nicht ersetzt oder ausgebremst, sondern ergänzt und gestärkt werden. Ende 2003 soll es zur endgültigen Einrichtung der Agentur kommen. **Hans-Jürgen Schwartz**

IMPRESSUM

STADTROTINFO, Zeitung der PDS
Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen.
Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906

Internet:

www.pds-essen-im-rat.de

E-Mail:

bueropds-essen-im-rat.de

Die Kommunale Friedensarbeit beleben

Beitrag von PDS-Ratsfrau Gabi Giesecke beim Ostermarsch

Am Ostersonntag startete vom Willy-Brandt-Platz der traditionelle Fahrradkorso des Ostermarsches Ruhr. Über 200 Menschen beteiligten sich, deutlich mehr als in den vergangenen Jahren. Es gab mehrere Informationsstände, u.a. von der PDS. Die SDAJ führte ein kleines Straßentheaterstück gegen die Aufrüstung der WEU auf. Bei der Kundgebung sprachen Gerd Deumlich von der VVN-BdA und PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke. Aus ihrer Rede dokumentieren wir im Folgenden.

Die Bundesregierung stellte sich gegen den Krieg im Irak. Gerade unter dem Eindruck der weltweiten großen Antikriegsbewegung hielt sie diese Ablehnung auch durch. Allerdings: Die Bundesregierung distanzierte sich nie richtig von den Kriegszielen der USA

Beitrag zur Friedensbewegung bestehen. Damit möchte ich überleiten zur Kampagne „Cities for Peace“.

In der Bewegung „Cities for Peace“ bringen Städte vor allem in den USA selber ihren Friedenswillen zum Ausdruck. Über 160 Städte haben sich in den USA angeschlossen. Selbst nach dem Angriff der USA auf den Irak, als eine patriotische Welle im Inneren der USA immer stärker wurde, schlossen sich noch Städte der Bewegung an und setzten ein Gegengewicht.

Auch in Deutschland haben sich Städte zur „City for Peace“ erklärt – leider Essen bisher nicht. Im Stadtrat bückte die Mehrheit aus CDU und FDP einen entsprechenden Antrag von SPD, Grünen und uns, der PDS, ab ... Diese Bewegung muss aber fortgesetzt werden, muss mit Leben erfüllt werden. Wir brauchen jetzt eine Diskussion: Was



und sie leistete logistische Unterstützung, z.B. durch die Gewährung von Überflugrechten für die US-Militärs.

In seiner Regierungserklärung zur internationalen Lage machte Bundeskanzler Schröder am 3. April deutlich, wie die BRD im Schatten des Irakkonfliktes ihre eigenen hegemonialen Absichten in Europa voran bringen will. Die von Schröder vorgeschlagene Aufrüstung der Westeuropäischen Verteidigungsunion (WEU) zu einer europäischen Armee ... muß von uns ... unbedingt verhindert werden ...

Besondere Doppelzüngigkeit ist der Bundesregierung in Punkto Flüchtlinge vorzuwerfen. Iraker, die vor Saddam geflohen sind, erhalten bei uns nicht etwa grundsätzlich Asyl. Am 21. März 2003 hat Innenminister Schily das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lediglich angewiesen, Asylverfahren gegen Iraker auszusetzen. Mehr aber auch nicht – Deutschland ist nicht bereit, in vermehrtem Umfang Flüchtlinge aufzunehmen, sondern schottet sich mit allen Mitteln ab.

Die Aufnahme von Flüchtlingen positiv zu gestalten, Flüchtlinge menschenwürdig zu versorgen – darin könnte ein kommunaler

bedeutet es auf kommunaler Ebene Friedensarbeit zu machen?

Einen Punkt habe ich bereits angesprochen: Die Unterstützung von Flüchtlingen, ihre menschenwürdige Unterbringung und Versorgung. Ein weiterer Punkt der Arbeit vor Ort ist die Friedenserziehung an den Schulen. Ermutigende Beispiele, wie Friedenserziehung organisiert werden kann, finden sich bereits, z.B. die große Schülerdemonstration gegen den Irak-Krieg vor wenigen Wochen. In der Friedenserziehung können lokale Persönlichkeiten und Institutionen Initiativen entwickeln.

Ein weitere wichtige Aufgabe vor Ort liegt darin, das friedliche Zusammenleben von Menschen aus den unterschiedlichen Kulturen zu ermöglichen. An Essener Grundschulen werden über 130 verschiedene Sprachen gesprochen – diese kulturelle Vielfalt, diesen kulturellen Reichtum für alle nutzbar zu machen ist eine Herausforderung. Dieser Herausforderung muss die Stadt sich stellen ...

Der Friedenswille der Essenerinnen und Essener sollte in der nächsten Zeit auch vom Stadtrat offiziell zum Ausdruck gebracht werden ...